

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.11.2011

Sitzungsort: Rathaus A, Uhlstraße 3, Ratssaal

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 18.45 Uhr.

Vorsitz führte: Frau Küster

Stimmbere. Mitglieder

<input checked="" type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Pütz	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Dr. Frantziach-Immenkeppel	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Wasem (SK)	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Richter	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Weitz	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Mäsgen	Grüne
<input checked="" type="checkbox"/>	Wehr	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	Schmitz, R. (SK)	fw/bVb

Wohlfahrtsverbände

<input type="checkbox"/>	Kühn-Mengel	AWO
<input checked="" type="checkbox"/>	Assenmacher	Caritas
<input checked="" type="checkbox"/>	Nocera	Diakonie

Jugendverbände

<input checked="" type="checkbox"/>	Miron	Stadtjugendring
<input type="checkbox"/>	Regh	Stadtjugendring
<input checked="" type="checkbox"/>	Vollmann	Stadtjugendring

Beratende Mitglieder gem. Satzung

<input checked="" type="checkbox"/>	Bühren	Pfarrer ev. Kirche
<input type="checkbox"/>	Kühn	Pfarrer kath. Kirche
<input type="checkbox"/>	Beckmann	ARGE
<input checked="" type="checkbox"/>	Neumann	Amtsgericht
<input type="checkbox"/>	Teichmann	Polizei
<input checked="" type="checkbox"/>	Weiler	Schulen
<input checked="" type="checkbox"/>	Schumacher	Kinderhaus Schumaneck
<input checked="" type="checkbox"/>	Günsel	JGR
<input type="checkbox"/>	Meyer	Kinderschutzbund
<input checked="" type="checkbox"/>	Reisner	Sonderspaß e.V.
<input checked="" type="checkbox"/>	Riedel gem. § 58, Abs. 1, Satz 7 GO NW	LINKE

Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

<input type="checkbox"/>	Kreuzberg
<input checked="" type="checkbox"/>	Schmitz
<input checked="" type="checkbox"/>	Nahlik

Schriftführer/in

<input checked="" type="checkbox"/>	Bäckmann
-------------------------------------	----------

Gäste

<input checked="" type="checkbox"/>	Frau Baier (40/1), Pkt. 5.1
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

Stellvertretende stimmbere. Mitglieder

<input type="checkbox"/>	Gerharz	CDU
<input type="checkbox"/>	Köllejan	CDU
<input type="checkbox"/>	Simons	CDU
<input type="checkbox"/>	Flimm (SK)	CDU
<input type="checkbox"/>	Nolden (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Venghaus (SK)	SPD
<input type="checkbox"/>	Konertz	Grüne
<input type="checkbox"/>	Müller-Neimann	FDP
<input type="checkbox"/>	Fischer (SK)	fw/bVb

Wohlfahrtsverbände

<input checked="" type="checkbox"/>	Wehrhahn, U.	AWO
<input type="checkbox"/>	Junkers	Caritas
<input type="checkbox"/>	Uhle	ASB

Jugendverbände

<input type="checkbox"/>	Robens	Stadtjugendring
<input type="checkbox"/>	Kasiske	Stadtjugendring
<input type="checkbox"/>	Müller, W.	Stadtjugendring

Beratende Mitglieder gem. Satzung


<input type="checkbox"/>	Wackernagel	ev. Kirche
<input type="checkbox"/>	Stockem	kath. Kirche
<input type="checkbox"/>	Hahn	ARGE
<input type="checkbox"/>	Seydel	Amtsgericht
<input type="checkbox"/>	Passon	Polizei
<input type="checkbox"/>	Adams-Scheuer	Schulen
<input type="checkbox"/>	Hoffmann	Kinderhaus Schumaneck
<input type="checkbox"/>	Tischler	JGR
<input checked="" type="checkbox"/>	Bär-Heinz	Kinderschutzbund
<input type="checkbox"/>	Fertig	Sonderspaß e.V.
<input type="checkbox"/>	Sauer gem. § 58, Abs. 1, Satz 7 GO NW	LINKE

Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

<input checked="" type="checkbox"/>	Brandt
<input type="checkbox"/>	Flatten

Stellv. Schriftführer/in

<input type="checkbox"/>	Kallmeyer
--------------------------	-----------



TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<u>A. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2011	4	
2.	Hilfen zur Erziehung <u>hier:</u> Überplanmäßige Ausgabe 2012 für den Ausbau der Vollzeitpflege	4-5	57/06 y
3.	Mitteilungen		
3.1	Hilfen zur Erziehung (HzE) nach dem SGB VIII <u>hier:</u> Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 30.09.2011	5	57/06 w
3.2	Bildungs- und Teilhabepaket <u>hier:</u> Zusätzliche Sozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen	5-7	41/11
3.3	Vormundschaften/Pflegschaften/Betreuungen <u>hier:</u> Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011	7	42/11
4.	Anfragen		
4.1	Kindertagesbetreuung in Einrichtungen <u>hier:</u> Erstes KiBiz-Änderungsgesetz <u>Bezug:</u> Anfrage des Ratsherrn Weitz (SPD) aus der JHA-Sitzung vom 22.09.2011	7-8	48/88 dg
4.2	Erhebung von Elternbeiträgen <u>hier:</u> Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Brühl - Beitragssatzung Kindertageseinrichtung	8	
4.3	Öffnungs- und Schließzeiten des Bolzplatzes Euskirchener Str./Alte Bonnstraße	8	
4.4	Ausbau U3-Betreuung	8	
4.5	Befristete Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter/-innen in Kindertageseinrichtungen	9	
4.6	Inklusion in Brühler Grundschulen	9-10	
4.7	Flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern	10	
4.8	Städt. Kindertageseinrichtung Clemens-August	10	

A. Öffentlicher Teil

Vorsitzende Küster (CDU) eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde.

Änderungswünsche zu der Tagesordnung bestehen nicht.

1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 22.09.2011

Sachkundiger Bürger R. Schmitz (fw/bvb) bittet zu ergänzen, dass er ab Punkt 7.1 – Ausweitung der mobilen Jugendarbeit, hier: Antrag der Fraktion „Die Grünen“ vom 23.11.2010 - nicht mehr anwesend war und auch nicht an der Abstimmung teilgenommen hat.

Die Verwaltung sagt die Ergänzung zu. Anschließend wird die Niederschrift der Sitzung vom 22.09.2011 ohne weitere Ergänzungen oder Korrekturen genehmigt.

2. Hilfen zur Erziehung

**hier: Überplanmäßige Ausgabe 2012 für den Ausbau der Vollzeitpflege
Vorlagen-Nr. 57/06 y**

Herr Wehrhahn (AWO) bezieht sich auf den Punkt 9 – Hilfen zur Erziehung, hier: Vergabe der Vollzeitpflege an einen freien Träger – der Vorlage 57/06 d aus der Jugendhilfeausschusssitzung vom 17.4.2008. Das damalige Angebot des SKF hätte sich auf die Betreuung von 30 Familien bezogen. In 2008 seien es nur noch 19 Familien gewesen und nun lediglich 29. Diesem damaligen Angebot des SKF folgend ist er der Ansicht, dass die eine eingerichtete Vollzeitstelle ausreichend sein müsste.

Jugendamtsleiter Schmitz erläutert, es sei nicht ein Mehr an zu betreuenden Familien und Kindern, die den SKF bewogen hätte, eine Stundenerhöhung zu beantragen. Vielmehr sei es zum Einen so, und dies sei bei Angebotserstellung noch nicht voraussehbar gewesen, habe sich aber aktuell als notwendig erwiesen, dass man familiäre Bereitschaftspflegestellen – derzeit seien es zwei - eingerichtet habe. Dabei handele es sich um Familien, die zwar fachlich ausgebildet seien, aber keine pädagogische Vollausbildung hätten und die immer dann zur Verfügung stünden, wenn plötzlich ein oder mehrere Kinder unterzubringen seien. Diese Bereitschaftspflegefamilien habe der SKF nicht nur gesucht und auch gefunden, er müsse sie auch betreuen. Und das, so **Jugendamtsleiter Schmitz**, sei aufgrund der speziellen Bedingungen, unter denen Bereitschaftspflegefamilien arbeiteten, mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Zum Zweiten habe der SKF in Zusammenarbeit mit den anderen Pflegekinderdiensten in mehreren Bereichen Qualitätsstandards erarbeitet. Dies sei sehr erfreulich und auch sehr stark gewünscht gewesen. Als Beispiel führt er die Vereinheitlichung des Bewerbungsverfahrens an, wodurch alle Jugendämter im Rhein-Erft-Kreis gleiche Maßstäbe ansetzten und untereinander keine Konkurrenz entstünde.

Gerade jetzt, da die Mitarbeiterin des SKF erkrankt ist und die Mitarbeiter des Jugendamtes deren Arbeit übernehmen, zeigt sich lt. **Jugendamtsleiter Schmitz** die Sinnhaftigkeit einer Stundenerhöhung. Im Vertretungsfalle hätte man dann jemanden, der den Mitarbeitern des Jugendamtes zuarbeiten könne.

Ratsherr Weitz (SPD) ergänzt, dass er den Antrag des SKF auch so versteht, dass es sich bei dem, was der SKF heute leiste, im Vergleich zu dem, was damals beschlossen wurde, um eine Konzeptionserweiterung handele. Damit erschließe sich auch für ihn die Notwendigkeit einer Erhöhung der bereitgestellten Mittel.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Rat zu empfehlen: Der Rat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe bei den Hilfen zur Erziehung in Höhe von 15.000 € für das Jahr 2012. Die Deckung erfolgt durch Einsparung bei sonstigen Finanzaufwendungen (KS 6101000, SK 559903).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Mitteilungen

**3.1 Hilfen zur Erziehung (HzE) nach dem SGB VIII
hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 30.09.2011
Vorlagen-Nr. 57/06 w**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**3.2 Bildungs- und Teilhabepaket
hier: Zusätzliche Sozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen
Vorlagen-Nr. 41/11**

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) äußert sich dahingehend, dass sicherlich alle begrüßen können, dass es zusätzliche Schulsozialarbeit gibt. Er fragt, ob die der Stadt für das Jahr 2011 zur Verfügung stehenden 181.600 € schon angekommen sind und wenn ja, wie diese eingesetzt wurden. Außerdem möchte er wissen, da das Land die Mittel nur bis 2013 zur Verfügung stellt, ob es beim Land schon Vorstellungen gebe, wie es weitergehe oder ob die Kommunen ab 2013 in der Pflicht stünden.

Fachbereichsleiter Nahlik erläutert, dass der Bund die Mittel dem Land und das Land den Kreisfreien Städten und Landkreisen erst sehr spät zur Verfügung gestellt hat. Der Rhein-Erft-Kreis habe das Geld dann in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten entsprechend den auf der amtlichen Schülerstatistik vom 01.10.2010 basierenden Schülerzahlen auf die einzelnen Städte verteilt. Man habe festgelegt, dass die Vereinbarung rückwirkend ab dem 01.08.2011 gilt. Damit sei eine Gegenfinanzierung ab dem 01.08.2011 gewährleistet. Da man erst sehr spät von diesen Mitteln erfahren habe, sei ein früherer Einsatz nicht möglich gewesen. Die Weisung des Landes enthalte im letzten Absatz die Feststellung, dass die Mittel bis Ende des Haushaltsjahres 2013 befristet sind, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich aber dafür einsetzen wird, dass der Bund seiner Verpflichtung nachkommt und über das Jahr 2013 hinaus entsprechende Mittel zur Verfügung

stellt. Für uns günstiger wäre lt. **Fachbereichsleiter Nahlik** gewesen, die Gegenfinanzierung wäre zum Schuljahresende 2012/13 befristet worden.

Sachkundiger Bürger Schmitz (fw/bvb) bezieht sich auf die in der Vorlage erwähnten schon gemachten Erfahrungen beim Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte in der Erich-Kästner-Realschule und der Clemens-August-Schule und fragt, um welche Erfahrungen es sich hier handelt.

Jugendamtsleiter Schmitz nennt ausschließlich gute Erfahrungen und wendet sich dann an die anwesende **Realschuldirektorin Weiler** mit dem Vorschlag, aus der Praxis zu berichten.

Realschuldirektorin Weiler nimmt das Angebot gerne an und versichert, dass sich die Einrichtung dieser Stelle sehr bewährt habe und die an ihrer Schule tätige Sozialpädagogin Frau Kowalewski unverzichtbar sei. Sie habe "alle Hände voll zu tun" und als Lehrer habe man nicht die Zeit, sich derart eingehend mit den oft gravierenden Problemen der Schüler/-innen auseinanderzusetzen und man sei auch nicht derart vernetzt, wodurch Frau Kowalewski auch andere Möglichkeiten des Eingreifens habe. Zudem komme sie bei Schülern/-innen und Lehrern/-innen gleichermaßen gut an. Im ersten Jahr ihres Einsatzes habe man mit ihr eine halbe Schulsozialarbeiterstelle besetzt. Aufgrund der sehr guten Erfahrungen, die man mit ihr in diesem ersten Jahr gemacht habe, habe man zusätzlich noch eine halbe Lehrerstelle für sie geöffnet, sodass sie seitdem den ganzen Tag an der Schule präsent sei. Schon morgens ab 7.15 Uhr sei Frau Kowalewskis Büro voll mit Schülerinnen und Schülern, die sich freuten, dass sie eine Ansprechpartnerin hätten. Zunehmend seien die Eltern überfordert und seien nicht mehr in der Lage, eine angemessene Erziehung zu leisten.

Vorsitzende Küster (CDU) regt an, die Schulsozialarbeiterinnen zur Darstellung ihrer Tätigkeit und Erfahrungen zu gegebener Zeit in den Jugendhilfeausschuss einzuladen, hier aber in die den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Fachbereichsleiter Nahlik stellt grundsätzlich fest, dass mit der Teilnahme der Stadt an diesem Programm die Stadt in die Lage versetzt worden ist, an allen Brühler städtischen Schulen Schulsozialarbeit anbieten zu können. Die Stundenkontingente seien mit allen betroffenen Schulen abgesprochen worden. Alle städtischen Brühler Schulen hätten dieses Konzept für gut befunden.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) regt an, dass man, wie sich Ihre Fraktion zusammen mit der SPD überlegt hätte, falls diese Stellen noch nicht ausgeschrieben seien, gerade bzgl. der Grundschulen im Ausschreibungstext eine Formulierung wie „Migrationshintergrund erwünscht“ oder „Mehrsprachigkeit erwünscht“ einfügt. In Bezug auf die Probleme in der Grundschule Vochem sei es evtl. günstig, Experten zur Verfügung zu haben, gerade auch für die Eltern. Sie betont, dass das nicht heißen soll, dass Schulsozialarbeiter ohne Migrationshintergrund nicht auch sehr gut qualifiziert sein können.

Jugendamtsleiter Schmitz erklärt, dass eine öffentliche Ausschreibung aufgrund ausreichend vorliegender Initiativbewerbungen und einer schon erfolgten internen Ausschreibung voraussichtlich nicht erforderlich sei. Natürlich habe man hier auch die Passgenauigkeit der zukünftigen Mitarbeiter/-innen für die einzelnen Schulen und deren individuelle Gegebenheiten im Auge. Ein wichtiges Kriterium bei der

Auswahl der Bewerber/-innen sei selbstverständlich deren interkulturelle Kompetenz.

Ratsherr Weitz (SPD) greift den Vorschlag der **Vorsitzenden Küster (CDU)** auf, eine oder mehrere Schulsozialarbeiter/innen im nicht-öffentlichen Teil des Jugendhilfeausschuss zu Wort kommen zu lassen und äußert sein Unverständnis dafür, dies in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen. Es soll ja aus der generellen Arbeit berichtet werden. Daher bittet er darum, dies in den öffentlichen Teil aufzunehmen.

Vorsitzende Küster (CDU) schlägt vor, die Vorgehensweise zu gegebener Zeit mit der Verwaltung abzusprechen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

3.3 Vormundschaften/Pflegschaften/Betreuungen

hier: Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011

Vorlagen-Nr. 42/11

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

4. Anfragen

4.1 Kindertagesbetreuung in Einrichtungen

hier: Erstes KiBiz-Änderungsgesetz

Bezug: Anfrage des Ratsherrn Weitz (SPD) aus der JHA-Sitzung vom 22.09.2011

Vorlagen-Nr. 48/88 dg

Ratsherr Weitz (SPD) bezieht sich auf die Vorlage 48/88 db im Jugendhilfeausschuss vom 22.09.2011, in der bzgl. der Zusatzpauschale eine Gesamtsumme von 65.000 € aufgeführt war. Er stellt fest, dass diese nicht komplett ausgegeben wurde und bittet um Erläuterung.

Jugendamtsleiter Schmitz versichert, dass alles, was man bekomme, auch ausgegeben werde und erklärt, dass die letzte Hochrechnung auf den Meldungen der Träger zum 15.3.11 basierte, dem Datum der Beantragung der KiBiz-Pauschalen.

Dem Land habe man aktuell die tatsächlichen Belegungszahlen gemeldet, die von Planzahlen abweichen könnten. Insofern sei die in der Vorlage 48/88 dg genannte Summe von 59.600 € für die städtischen Kindertageseinrichtungen maßgebend. Die freien Träger hätten selbstverständlich auch von dieser Pauschale profitiert und insgesamt 115.000 € bekommen. **Jugendamtsleiter Schmitz** erinnert daran, dass die Pauschalen für zusätzliches Betreuungspersonal der Kinder unter drei Jahre gewährt würden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

4.2 Erhebung von Elternbeiträgen

**hier: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Brühl
- Beitragssatzung Kindertageseinrichtung –**

Frau Bär-Heinz (Kinderschutzbund) bezieht sich auf die Jugendhilfeausschusssitzung vom 22.09.2011 und hier unter Punkt 6 auf die Beitragssatzung für die Kindertageseinrichtungen. Sie fragt, ob es bzgl. der Kann-Kinder, die hier nicht enthalten seien, eine Regelung gebe.

Jugendamtsleiter Schmitz erläutert die Regelung, die auch die Kann-Kinder enthalte, dahingehend, dass die Eltern der Kinder, die vorzeitig eingeschult werden sollen, diesbzgl. eine Bescheinigung vorlegen müssen. Ab dem 1. Dezember würden diese Kinder und gegebenenfalls die Geschwister beitragsfrei gestellt. Wenn die Kinder aber dann doch nicht vorzeitig eingeschult würden, würden die Eltern rückwirkend zum Beginn des Kindergartenjahres beitragspflichtig.

4.3 Öffnungs- und Schließzeiten des Bolzplatzes Euskirchener Str./Alte Bonnstraße

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) berichtet, dass man erfahren habe, dass der Bolzplatz an der Euskirchener Straße/Alte Bonnstraße sonntags geschlossen sei und fragt im Auftrag ihrer Kollegin Frau Niclasen, die dies in der letzten Ratssitzung gefragt hätte, warum das Jugendamt dies so empfohlen habe bzw. warum man den Bolzplatz nicht vielleicht sonntags nachmittags stundenweise öffnen könne. Die Kinder und Jugendlichen, die diesen nutzten, hätten unter der Woche nicht soviel Zeit, dort zu spielen.

Jugendamtsleiter Schmitz erwidert, dass der Bolzplatz sonntags nicht geschlossen sei, sondern dass lediglich ein Zuweg zu diesem geschlossen worden sei. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sehr schwierig ist, einen Spiel- oder Bolzplatz zwischenzeitlich auf- und wieder zuzuschließen. Dafür benötige man verlässliche ehrenamtliche Betreuer.

4.4 Ausbau U3-Betreuung

Ratsherr Weitz (SPD) fragt, wann mit der nächsten Vorlage über die Ausbaufortschritte zur U3-Betreuung zu rechnen sei.

Fachbereichsleiter Nahlik versichert, der U3-Ausbau gehe intensiv voran. Er stellt die diesbzgl. Vorstellung der Planung für die Kindertageseinrichtung Clemens-August für die erste Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Januar 2012 in Aussicht und für die Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“ für die März-Sitzung.

4.5 Befristete Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter in den Kindertageseinrichtungen

Ratsherr Weitz (SPD) bittet um Darstellung der Entwicklung der Situation der befristeten Arbeitsverhältnisse bei den Angestellten in den Kindertageseinrichtungen.

Die Verwaltung sagt schriftliche Beantwortung zu.

4.6 Inklusion in Brühler Grundschulen

Ratsherr Weitz (SPD) bezieht sich auf einen kürzlich erschienenen Bericht über das Thema Inklusion in den Brühler Grundschulen in einer Tageszeitung und bittet um Information, wie sich dies an den Brühler Schulen und Grundschulen darstellt.

Erster Beigeordneter Brandt erinnert daran, dass das Thema Inklusion schon mehrfach und in den unterschiedlichsten Gremien dieses Hauses Diskussionsgegenstand war. Er habe auch immer darauf hingewiesen, dass es zunächst einen entsprechenden Landesplan geben müsse, damit dies auf Brühl heruntergebrochen werden könne. In dem Presseartikel, den **Ratsherr Weitz (SPD)** angesprochen habe, sei die Aussage enthalten, dass das Land jetzt beabsichtige, diesen Inklusionsplan in Kürze zu verabschieden und zur Verfügung zu stellen. Er selbst habe auch dazu gesagt, dass, sobald belastbare Daten und Aussagen vorlägen, wohin sich die Sache entwickle und welche Grundlagen erforderlich seien, diese natürlich in den entsprechenden Gremien zur Verfügung gestellt werden.

Ratsherr Weitz (SPD) bezweifelt, dass man mit Aktivitäten warten muss, bis das Land die entsprechenden Vorgaben macht. Es wäre ja bekannt, dass dies in Brühl auch irgendwann umgesetzt werden müsse und man sei hier in Brühl ja verantwortlich für die räumliche Situation, nicht so sehr für die personelle. Daher müsste die Ausgangslage auch bekannt sein.

Erster Beigeordneter Brandt erläutert, dass jede Form von Behinderung spezielle bauliche Maßnahmen sowie eine spezielle Ausstattung erforderlich macht. So mache es einen Unterschied, ob die besonderen Rahmenbedingungen z.B. für Sehbehinderte in allen Einrichtungen vorhanden sein müssen oder bsp. nur in zweien. Insoweit müsse einfach auf die Rahmenvorgaben des Landes gewartet werden.

Fachbereichsleiter Nahlik ergänzt, dass das Strategiepapier der Landesregierung für das Frühjahr 2011 angekündigt gewesen sei, man jetzt, im Herbst 2011 aber immer noch darauf warte. Im Sinne des Konnexitätsprinzips müsse das Land auch die finanziellen Mittel bereitstellen, um die Städte entsprechend bedienen zu können. Alles, was man jetzt unternähme, wäre daher zuschussschädigend, da es vom Land nicht refinanziert würde. Aktuell habe die Landesregierung das endgültige Vorliegen des Strategiepapiers für Dezember angekündigt. Dann werde es auch den Kommunen zur Verfügung gestellt. Erst dann wisse man, wie das Land die Sache sehe, wie die Forderungen aussähen und was das Land von den Städten konkret erwarte. Das Thema Inklusion ist, so **Fachbereichsleiter Nahlik**, nicht nach einem Jahr abgeschlossen, sondern werde uns sicherlich die nächsten fünf bis zehn Jahre beschäftigen. Auf Rhein-Erft-Kreis-Ebene habe man zwei Arbeits-

gruppen gebildet, die unter der Federführung des Kreissozialdezernenten nun entsprechende Maßnahmen und Konzepte für alle kreisangehörigen Städte erarbeiten. Sobald man Näheres wisse, würden die Ergebnisse des Kreises auf Brühl heruntergebrochen und dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Dann könne man auch konkret sagen, was an welcher Schule mit welchen Maßnahmen unternommen wird.

Vorsitzende Küster (CDU) merkt an, dass dieser Sachverhalte zwar thematisch in den Schulausschuss gehört, es aber gut ist, dass es hier auch dargelegt wurde.

4.7 Flexible Arbeitszeitmodelle für Eltern

Ratsherr Weitz (SPD) bezieht sich auf den aktuellen Familienbericht der Bundesregierung, in dem eine der Hauptforderungen die nach flexibleren Arbeitszeitmodellen für Eltern ist und fragt, welche Modelle die Stadt Brühl als Arbeitgeber ihren Mitarbeitern/-innen dahingehend anbiete und wie diese Modelle genutzt werden.

Die Verwaltung sagt schriftliche Beantwortung zu.

4.8 Städt. Kindertageseinrichtung Clemens-August

Sachkundiger Bürger Wasem (CDU) bezieht sich auf die Aussage in der Niederschrift der Jugendhilfeausschusssitzung vom 22.09.2011, mit der man ihm für den kommenden Jugendhilfeausschuss eventuell weitere Angaben zum Raumbedarf beim Umbau der Kindertageseinrichtung Clemens-August in Aussicht gestellt hatte. Er fragt, ob es hier Neuigkeiten gebe.

Fachbereichsleiter Nahlik stellt fest, dass er dazu aktuell noch nichts aussagen kann, versichert aber, dass man die Übergangslösung im nächsten Ausschuss darstellen kann.

Jugendamtsleiter Schmitz ergänzt hierzu, dass man, bevor man mit Lösungsvorschlägen bzw. -entscheidungen an die Öffentlichkeit gehe, zunächst einmal mit den betroffenen Eltern sprechen möchte. Das werde man aber zeitlich hinbekommen.

Da keine weiteren Anfragen und auch keine Mitteilungen vorliegen, schließt **Vorsitzende Küster (CDU)** den öffentlichen Teil.

**Arbeitsgemeinschaften
nach § 78 SGB VIII
Termine für 2012
- Bitte vormerken -**

	Arbeitsgemeinschaft	Sitzungstermin: Jeweils um 18 Uhr
1	Jugendarbeit	28. Februar
2	Hilfen zur Erziehung	29. Februar
3	Spielraumplanung	04. Oktober
4	Jugendarbeit	30. Oktober
5	Hilfen zur Erziehung	31. Oktober
6	Konferenz der Träger Brühler Einrichtungen AG Tagesbetreuung	07. Nov. ab 17 Uhr ab 18 Uhr